

# Presseerklärung von Amnesty International Chile zu rassistischer Gewalt in Araukanien

3. August 2020

Vor einigen Tagen hatten Mapuche friedlich das Gelände der Gemeindverwaltungen von Curacautín, Victoria, Ercilla, Collipulli und Traiguén besetzt, um gegen die ausbleibende Reaktion der Behörden auf die zum Teil bereits im Mai begonnenen Hungerstreiks der inhaftierten Mapuche zu protestieren.

Nach dem Besuch des neuen Innenministers Victor Perez in der Region am Freitag, 31. Juli, "drängte" er die jeweiligen Bürgermeister, für die Räumung der städtischen Anlagen zu sorgen und warnte, dass er den Generalstaatsanwalt der Republik (Contraloría General de la República) um eine Stellungnahme zu der Situation bitten werde. Dies verstärkte leider die Forderung nach einer Räumung durch die Öffentlichkeit, statt der Suche nach Lösungen im Dialog.

**In Curacautín versammelte sich eine Gruppe von Menschen vor der Stadtverwaltung, angeblich in der Absicht, die Carabineros bei der Räumung zu "unterstützen". Dies führte in der Nacht von Samstag, dem 1. auf Sonntag, dem 2. August, zu einer Welle rassistischer Gewalt, die sich in Victoria, Traiguén, Collipulli und Ercilla fortsetzte, wo die Bewohner der Gebiete zu den Gemeindeverwaltungen gingen und versuchten, die jeweiligen Gebäude gewaltsam zu räumen.**

Über soziale Netzwerke zirkulierten Bilder und Videos von Gruppen von Menschen, die versuchten, Angehörige der Mapuche zu schlagen, oder sie tatsächlich schlugen und verletzten, während diese nach der Räumung in Polizeiautos gebracht wurden. Dabei wurden rassistisch konnotierte Sprechchöre gesungen ("wer nicht springt, ist ein Mapuche"); es gab auch Berichte, dass sie zwei Mapuche-Lastwagen, die sich im Innern der Gemeindeverwaltung Curacautín befanden, umkippten und dann verbrannten. In Victoria soll eine Gruppe ein auf dem Platz installiertes Mapuche-Symbol verbrannt haben.

Auf einigen der Videos, die vor allem in Curacautín in Umlauf gebracht wurden, ist Polizeipräsenz zu beobachten; allerdings sind solche Gewalttaten passiert, ohne dass die Carabineros die Menschenmenge aufgelöst und die Verursacher verhaftet hätten. Sie ließen die Aktionen geschehen, trotz der Gefahr von Gewalttaten gegen das Volk der Mapuche. Abgesehen von dieser Unterlassung wurden diese Gewalttaten mit rassistischem Beigeschmack während der nächtlichen Ausgangssperre verübt, die als Maßnahme zur Eindämmung der Pandemie verordnet worden war.

Nach offiziellen Angaben der Regierung wurden schließlich **48 Personen inhaftiert, darunter einige Minderjährige. Diejenigen, die älter waren - 19 in Curacautín und 16 in Victoria - wurden unter Haftprüfung gestellt. Bei allen handelt es sich um Mapuche, die an den Besetzungen beteiligt waren. Es gibt keine Informationen darüber, dass es Verhaftungen wegen der Gewaltakte außerhalb der Gemeindeverwaltungen gegeben hätte.**

Im Fall von Curacautín reichte die Regierung - über die Regionalbehörde - eine Beschwerde über die Ereignisse ein. **Bei der Anhörung stellte die Verteidigerin der 19 Verhafteten fest, dass mehrere von ihnen nach ihrer Verhaftung verletzt worden waren. Sie wies auch darauf hin, dass viele der Schäden am Gebäude der Gemeindeverwaltung, die den Häftlingen vorgeworfen werden, von Personen außerhalb des Gebäudes begangen worden sein könnten.**

In den Fällen Ercilla und Traiguén wurden im Zusammenhang mit der Räumung angeblich Brände in den Gebäuden beider Gemeinden gelegt, ohne dass Klarheit über deren Entstehung besteht.

Am Sonntagmittag, dem 2. August, **bezog sich der Unterstaatssekretär im Innenministerium, Juan Francisco Galli auf die Ereignisse, indem er erklärte, dass "Gewalt verurteilt werden muss, wo immer sie**

**auch herkommt", und kündigte rechtliche Schritte an. Auffällig ist jedoch, dass er die rassistischen und stigmatisierenden Konnotationen des Geschehens weggelassen hat.**

Amnesty International fordert die Regierung dazu auf,

- Gewalt mit rassistischen Anspielungen und Hassreden zu verurteilen und deutlich zu machen, dass sie unter keinen Umständen akzeptabel ist,
- die Gleichheit vor dem Gesetz sicherzustellen sowie eine unparteiische, unverzügliche und umfassende Untersuchung der Ereignisse durchzuführen unter Festlegung von Kriterien für ein ordnungsgemäßes Verfahren für alle Personen, die an Gewalt- und/oder Schadenshandlungen beteiligt waren, ohne Unterschied und ohne dass in irgendeiner Weise "Selbstschutz" als Vorwand gelten darf. Die Untersuchung muss vollständig und unparteiisch sein und dem Grundsatz der Objektivität und Unvoreingenommenheit unterliegen, damit die Verantwortlichen genau und angemessen ermittelt werden können. Die Rolle der Staatsanwaltschaft und der Gerichte bei der Sicherstellung der Gerechtigkeit wird in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung sein.
- jede Form der Misshandlung von inhaftierten Personen im Zusammenhang mit den Ereignissen und während ihrer Haft gründlich zu untersuchen und die entsprechenden verwaltungs- und strafrechtlichen Verantwortlichkeiten, sei es der Carabineros oder anderer am Tatort anwesender Personen, festzustellen,
- die Verantwortung der Carabineros auf eine mögliche Unterlassung ihrer Schutzpflicht hin zu untersuchen. Die Duldung durch die Behörden von durch Dritte begangenen Verbrechen bedeutet die Verantwortung des Staates für die tolerierten Taten.
- im Zusammenhang mit all dem oben Gesagten stets die Verpflichtungen des Staates Chile nach der Internationalen Konvention über die Rechte des Kindes zu berücksichtigen, was natürlich auch für besonders schutzbedürftige Mapuche-Kinder und -Jugendliche gilt,
- von den Carabineros zu verlangen, sich bei all ihren Operationen ausnahmslos streng an die Menschenrechtsnormen zu halten. Wir sind besorgt, dass das Handeln der Carabineros auf Kriterien der Diskriminierung erfolgte, so dass ihre Aktionen und die Einhaltung internationaler Standards davon abhängen, wer an den Veranstaltungen teilnimmt und/oder welche Sache sie verteidigen.

**Wir erinnern daran, dass der Staat Chile die Pflicht hat, Gruppen, die indigenen Völkern angehören, zu schützen und jeden Akt der Diskriminierung gegen sie zu verhindern. Aus diesem Grund drängen wir auf die uneingeschränkte Einhaltung der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker und des IAO-Übereinkommens 169 (Internationale Arbeitsorganisation) über indigene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern, das in unserem Land seit 2009 in Kraft ist und das die Achtung der indigenen Völker fordert, sowie die Vertragsstaaten verpflichtet, ihre Rechte zu schützen und ihre Kulturen, Lebensweisen und Rechte auf Land und natürliche Ressourcen anzuerkennen.**

Es ist dringend notwendig, sich mit dieser Frage zu befassen, damit ein klares Signal gegeben wird, dass in einem Rechtsstaat Selbstschutz nicht zulässig ist und **dass Rassismus in einer Gesellschaft, die die Menschenrechte achtet, keinen Platz hat.**

*(inoffizielle Übersetzung aus dem Spanischen, mit Unterstützung von deepL)*